


- • • **Stand.Punkt des Entwicklungspolitischen Netzwerks Sachsen e.V. zum ersten Nachhaltigkeitsbericht der Sächsischen Staatsregierung (2016)**



## **Stand.Punkt des Entwicklungspolitischen Netzwerks Sachsen e.V. zum ersten Nachhaltigkeitsbericht der Sächsischen Staatsregierung (2016)**

### **••• Impressum**

Autor\*innen: BUND Sachsen, Fachstelle Globales Lernen (arche noVa e.V.),  
Konzeptwerk Neue Ökonomie und Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen

Herausgeber: Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V., Kreuzstraße 7,  
01067 Dresden

Erscheinungsdatum: Februar 2017

Kontakt: Antonia Mertsching, Referentin ENS e.V.

Mail: [kontakt@einewelt-sachsen.de](mailto:kontakt@einewelt-sachsen.de)

•••

## **Stand.Punkt des Entwicklungspolitischen Netzwerks Sachsen e.V. zum ersten Nachhaltigkeitsbericht der Sächsischen Staatsregierung (2016)**

Das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen ist ein Zusammenschluss von 57 Vereinen, Gruppen und Initiativen, die sich für zukunftsfähige Entwicklung und weltweite Gerechtigkeit einsetzen. Das Netzwerk ist eine Plattform entwicklungs- und umweltpolitischer ebenso wie interkultureller Initiativen in Sachsen.

Schon bei der Veröffentlichung der Sächsischen Nachhaltigkeitsstrategie (SNHS) wies das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen sowohl auf Potentiale als auch Schwächen der Strategie hin, suchte das Gespräch mit den verschiedenen Ministerien und erarbeitete mit seinen Mitgliedsvereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen Alternativvorschläge, die bis heute nicht merklich aufgenommen wurden. Einzelne Folgerungen des Berichts unterstützen wir, so ist zum Beispiel der strategische Ansatz der sächsischen Staatsregierung im **Kapitel 2.3** in der Energiepolitik zu begrüßen, die Energieeffizienz zu steigern, Energiesysteme weiterzuentwickeln und innovative Energietechnologien zu fördern. Doch setzen sich die grundsätzlichen Mängel und Versäumnisse der Strategie im Bericht fort. Die hier benannten fünf Kritikpunkte werden auf den folgenden Seiten ausführlich erläutert.

Die Staatsregierung definiert Nachhaltigkeit im Sinne einer Gleichwertigkeit der drei Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Soziales. Tatsächlich wird der Begriff aber synonym für ‚langfristig‘ und darüber hinaus wahllos verwendet. Dadurch wird kein konsistentes Nachhaltigkeitskonzept ersichtlich und viele Schlussfolgerungen sind dementsprechend nicht nachvollziehbar.


•1•

Der Bericht und die Nachhaltigkeitsstrategie im Allgemeinen beschreiben vor allem Aspekte des aktuellen politischen Programms, statt Ziele und Maßnahmen zu formulieren. Die von der Staatsregierung gezogenen Schlussfolgerungen zeigen keine Schritte in Richtung eines nötigen Strukturwandels hin zu nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweisen.

•2•

Ein sinnvolles Indikatorensystem, das Entwicklungen im Sinne der Nachhaltigkeit nachvollziehbar und messbar macht, ist bisher nicht erkennbar. Bei den verwendeten Indikatoren ist zum Teil unklar, warum diese ausgewählt wurden und in welchem Bezug sie zur Nachhaltigkeit stehen. Sie entsprechen eher einer Leistungsschau. Es fehlt der

•3•



kritische Umgang mit Versäumnissen, ebenso wie Verweise auf Verbesserungspotentiale.

- 4• Der primäre Anspruch eines Nachhaltigkeitskonzepts – planetare Grenzen berücksichtigen und nicht auf Kosten anderer zu leben – wird nicht erfüllt. Das macht das Kapitel zur Braunkohle beispielhaft deutlich.
- 5• Die um Nachhaltigkeit bemühten Initiativen der Zivilgesellschaft dienen der Staatsregierung als Aushängeschild für die sächsische Nachhaltigkeitsstrategie. In einen echten Diskurs über die Gestaltung der Zukunft Sachsens werden sie bisher jedoch nicht ausreichend einbezogen. Eine Überarbeitung der sächsischen Nachhaltigkeitsstrategie bietet eine gute Möglichkeit, dem weiterhin wachsenden Bedürfnis nach Bürgerbeteiligung in Sachsen besser nachzukommen.

## AUSFÜHRLICHE STELLUNGNAHME DES ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN NETZWERKS SACHSEN ZUM BERICHT DER SÄCHSISCHEN STAATSREGIERUNG VON 2016 ZUR NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE VON 2013

Die Staatsregierung definiert Nachhaltigkeit im Sinne einer Gleichwertigkeit der drei Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Soziales. Tatsächlich wird der Begriff aber synonym für ‚langfristig‘ und darüber hinaus wahllos verwendet. Dadurch wird kein konsistentes Nachhaltigkeitskonzept ersichtlich und viele Schlussfolgerungen sind dementsprechend nicht nachvollziehbar.

•1•

Die sächsische Staatsregierung beruft sich auf den Nachhaltigkeitsbegriff im Sinne einer Gleichwertigkeit der drei Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Soziales. Dieses sogenannte „3-Säulen-Modell“ beinhaltet natürlich Zielkonflikte, die im Freistaat Sachsen oftmals nach finanzpolitischen Gesichtspunkten wie einem ausgeglichenen Haushalt entschieden werden.

Allerdings verwenden die Autor\*innen des Berichts den Begriff Nachhaltigkeit oft nicht einmal in dem selbst definierten Sinne, sondern synonym für etwas, das lang andauert oder langfristig angelegt ist. Der oder die Leser\*in erfährt nicht, was mit dem Begriff genau gemeint ist. Im **Kapitel 2.1 „Bildung nachhaltig gestalten“** ist beispielsweise die Rede von „nachhaltige[m] Effekt“ im Zusammenhang mit frühkindlicher Bildung, „nachhaltige[r] [gesellschaftlicher] Entwicklung“ oder „nachhaltig[er] Hochschullehre und -forschung“.

Wir bevorzugen das „Vorrangmodell der Nachhaltigkeit“, das auf den Erhalt unserer natürlichen-ökologischen Lebensgrundlagen und der Wahrung des dauerhaften sozialen Friedens abzielt. Es beschreibt den Rahmen für ein glückliches und aktiv partizipatives Handeln der Menschen in Politik, Wirtschaft, Ökologie, Kultur, Wissenschaft und anderen Lebensbereichen.

Soziale Standards gelten als weitere definierte Bedingung für nachhaltiges wirtschaftliches Handeln. Die drei Dimensionen der SNHS sind eher dynamische Komponenten eines Systems und sollten daher als anstrebbares Gleichgewicht des Lebens angesehen werden. Hinsichtlich der Belastbarkeit unserer Erde hat die Politik der Industrieländer die bislang unwiderrspochene Orientierung am Wirtschaftswachstum zu überdenken. Denn genau dieses Diktum befindet sich im Widerspruch zu den planetaren Grenzen, die in vielen Bereichen bereits überschritten sind.

Im Kapitel 2.6 „Wirtschaftswachstum und Innovation eine Richtung geben“ lässt sich das problematische sächsische Nachhaltigkeitsverständnis bzw. die unklare Begriffsverwendung ablesen: Zum einen wird Wirtschaftswachstum in keiner Weise als das problematisiert, was es ist – nämlich ein ernstzunehmendes Hindernis für das Erreichen echter Nachhaltigkeit. Zum anderen werden die beschriebenen Maßnahmen nicht dem Anspruch gerecht, Wachstum und Innovationen sinnvoll zu lenken – zumindest nicht in Richtung Nachhaltigkeit.

Die Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und dem Einhalten der ökologischen Grenzen, die im sächsischen Nachhaltigkeitsbericht vorausgesetzt wird, bezweifeln wir stark. Wirtschaftswachstum ist in aller Regel – trotz oder sogar wegen der steigenden Ressourceneffizienz – auch mit wachsendem Energieverbrauch und mit steigenden Umweltbelastungen verbunden. Denn die Einsparungen, die durch Effizienzsteigerung erreicht werden können, führen unter den Bedingungen von Wachstum auf gesamtgesellschaftlicher Ebene gerade nicht zu einem sinkenden Energie- oder Naturverbrauch. Oft führen sie sogar zu einem Mehrverbrauch – weil es beispielsweise durch die Preissenkung attraktiver wird, mehr zu produzieren und zu konsumieren.

---

Dieser Zusammenhang wurde von William Stanley Jevons erstmals 1865 beschrieben und ist seither als Jevons' Paradox oder Reboundeffekt bekannt und auch gut erforscht.

Jevons stellte schon damals fest, dass die Dampfmaschinen immer effizienter wurden und somit für die gleiche Leistung immer weniger

Kohle benötigten. Dennoch stieg der Gesamtverbrauch an Kohle in derselben Zeit kontinuierlich an. Dieser

Zusammenhang gilt bis heute: Zwischen 1970 und 1991 stieg die Energieeffizienz um rund 30 Prozent, der Energieverbrauch stieg aber in der gleichen Zeit dennoch um 20 Prozent.

Der Bericht und die Nachhaltigkeitsstrategie im Allgemeinen beschreiben vor allem Aspekte des aktuellen politischen Programms, statt Ziele und Maßnahmen zu formulieren. Die von der Staatsregierung gezogenen Schlussfolgerungen zeigen keine Schritte in Richtung eines nötigen Strukturwandels hin zu nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweisen.

## •2•

Im Kapitel 2.1 „Bildung nachhaltig gestalten“ spielt ausgerechnet Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) keine Rolle. Das dieses pädagogische Konzept seitens politischer Entscheidungsträger\*innen im Freistaat Sachsen nach wie vor zu wenig Anerkennung erfährt, lässt sich auch am letzten Entwurf zur Schulgesetzesnovelle ablesen.<sup>1</sup> Im Bereich BNE ist Klarheit notwendig und vor allem auch politische Akzeptanz. Wenn diese nicht vorgefunden werden kann, wie will man dann das Ziel verfolgen, BNE als ein zentrales Thema im Bildungsbereich zu etablieren?

Darüber hinaus findet ein in unseren Augen wichtiger Aspekt schulischer Bildung, die Befähigung zur Teilnahme an politischen und gesellschaftlichen Prozessen, keinerlei Beachtung. Dabei sollte das Wissen und die Fähigkeiten dazu aufgrund der aktuellen Situation in Sachsen umso mehr Beachtung finden. Laut Monitor Politische Bildung erhält jede\*r Schüler\*in in Sachsen im Laufe der Schulzeit jedoch nur 55 Wochenstunden politische Bildung<sup>2</sup>. Sachsen liegt damit gemeinsam mit Bayern auf dem letzten Platz. Der Mittelwert aller Bundesländer beträgt 190 Stunden. Während die Anzahl der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden in der schulischen politischen Bildung bis zum Hauptschulabschluss (Sollwerte) bei 40 Stunden (Mittelwert 204 Stunden) liegt, liegt diese Anzahl bei den Realschulen in Sachsen bei 80 Unterrichtsstunden (Mittelwert 201 Stunden) und im Bereich Gymnasium sogar nur 53 Stunden bei einem Mittelwert von 167 Stunden.<sup>3</sup>

Im Vorwort des Berichts zur Nachhaltigkeitsstrategie behauptet Ministerpräsident Tillich darüber hinaus, dass nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip sächsischer Politik in der sächsischen Verfassung von 1992 verankert wurde. Tatsächlich gab es eine Verankerung von Nachhaltigkeitsprinzipien im Waldgesetz von 1992, an deren vorderster Stelle die wirtschaftliche Nutzung steht (§1). In der sächsischen Verfassung findet sich zwar der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verankert – Berücksichtigung der inter- und intragenerationelle Bedürfnisse, auch gerade im globalen Kontext, sind nicht benannt.

1 Dort fehlt eine stärkere Betonung der BNE. Zur Erinnerung: Im Entwurf wird der §37 Umwelterziehung aufgehoben, obwohl dieser in der bisherigen Fassung die einzige inhaltliche Konkretisierung im breiten Themenspektrum innerhalb des Konzeptes zur BNE darstellte und die Ziele der Umwelterziehung sowie das zu fördernde aktive Engagement von Schülerinnen und Schülern hervorhob. In der neuen Fassung sind BNE und Umwelterziehung lediglich ein Punkt unter vielen im §1(3) und es bleibt unklar, wie eine inhaltliche Ausgestaltung aussehen könnte.

2 <http://www.einewelt-sachsen.de/wp-content/uploads/2011/03/Monitor-Politische-Bildung-Sachsen.pdf>

3 ERFOLGREICH.POLITISCH.BILDEN, Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung in Deutschland. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2014

Auch an dieser Stelle wird deutlich, dass die Deklaration im **Kapitel 2.1 „Bildung nachhaltig gestalten“**: „Ziel [der Bildung] ist es, dass sie sich Wissen und Werte aneignen sowie Verhaltensweisen und Lebensstile ausprägen, die ihnen ein gutes, erfülltes, aber auch verantwortungsbewusstes Leben ermöglichen“ gerade im letzten Anspruch mehr Wunsch als Wirklichkeit ist. Denn ein gutes Leben ist nur möglich in einer von Vielfalt geprägten friedlichen Gemeinschaft. Die Ausprägung eines Verhaltens und Lebensstils kann nur in Zeit und Raum geschehen. Das Bildungswesen im Freistaat hat in diesem Bereich viel aufzuholen.<sup>4</sup>

In der Energiepolitik ist der strategische Ansatz der sächsischen Staatsregierung im **Kapitel 2.3** zu begrüßen, die Energieeffizienz zu steigern, Energiesysteme weiterzuentwickeln und innovative Energietechnologien zu fördern. Hervorzuheben ist aus dem Bericht auch die Bemühung um die Speicherung von Energie – einem zentralen Element der Energiewende. Dezentrale Energieversorgung als ein weiteres Element mit großem Nachhaltigkeitspotential findet sich in dem Bericht jedoch ebenso wenig wie die Senkung des Energiebedarfs überhaupt.

Die Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich bewerten wir positiv, insbesondere auch die Vorbildfunktion, die die Staatsregierung hier offenbar einnehmen will.

Für Neubauten gerade des Freistaats sollte jedoch nicht „eine Maximierung der Energieeffizienz“ angestrebt werden, sondern das Passivhaus Standard und Leitziel werden. Denn der energiewirtschaftsbedürftige Bestand ist so groß, dass es sich die Staatsregierung mit Blick auf die freistaatlichen wie bundesweiten Klimaziele nicht leisten kann, energetisch nicht optimiert zuzubauen.

Energie muss zukünftig aber nicht nur effizienter genutzt und klimafreundlich und umweltverträglich hergestellt werden, sondern vor allem auch weniger verbraucht werden. Effizienzgewinne dürfen also nicht durch Verbrauch an anderer Stelle („Rebound-Effekt“, siehe Seite 6) wieder „aufgefressen“ werden, sondern müssen zu tatsächlichen Einsparungen im Energieverbrauch führen. Die im Weiteren als „Doppelstrategie“ des Freistaats eingeführte Verfahrensweise, Treibhausgasemissionen zu senken

---

<sup>4</sup> Die Ergebnisse des Sachsen-Monitor 2016 unterstützen dies auch: Dieser offenbart, dass Fragen zu menschenfeindlichen und rechtsradikalen Einstellungen insbesondere die junge Generation polarisieren und ein relativ hoher Anteil jene Einstellungen teilt: ab Seite 23 in [https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/staatsregierung/Ergebnisbericht\\_Sachsen-Monitor\\_2016.pdf](https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/staatsregierung/Ergebnisbericht_Sachsen-Monitor_2016.pdf)



und sich auf die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels einzustellen ist weniger eine Strategie, sondern wird von den äußeren Rahmenbedingungen diktiert: International ist auch Deutschland seit der Pariser Klimakonferenz dem 1,5°-Ziel verpflichtet und die Folgen des Klimawandels sind bereits jetzt in Sachsen so massiv zu spüren, dass das Unterlassen einer versuchten Anpassung als „Vogel-Strauß-Taktik“ zu kritisieren ist.

Auch beim Ausbau der Windenergie liegt Sachsen im Vergleich zu den Top-Ausbauländern weiter zurück. So wurden 2015 nur 69,05 MW zugebaut – die Gesamtleistung liegt bei 1.132,1 MW. Zum Vergleich: Brandenburg und Sachsen-Anhalt haben die vier- bzw. fünffache Menge an installierter Leistung und in jedem der anderen vier ostdeutschen Bundesländer wurde in den vergangenen Jahren mehr Leistung zugebaut. Nur Thüringen hat ähnlich wenig zugebaut, hat aber weiterhin eine höhere Gesamtleistung.<sup>5</sup>

Um „echte“ Nachhaltigkeit zu erreichen, ist es auch nicht so sehr entscheidend, wie stark die Ressourcenproduktivität im **Kapitel 2.6 „Wirtschaftswachstum und Innovation eine Richtung geben“** wächst, sondern wie stark der Verbrauch von Ressourcen und die Verschmutzung und Zerstörung der natürlichen Umwelt absolut sinken. Doch genau dieser Frage widmet sich der sächsische Nachhaltigkeitsbericht nicht:

„Im Freistaat Sachsen gelang es, die Rohstoffproduktivität seit dem Jahr 1994 auf mehr als das Doppelte zu steigern, heute weist Sachsen im Bundesvergleich bezogen auf das Basisjahr (1994) die größte Steigerung der Rohstoffproduktivität aller Länder auf. Dies lässt insgesamt den Schluss zu, dass Wirtschaftswachstum mit entsprechenden Effizienzgewinnen und zunehmend geringerer rohstoffbezogener Umweltbelastung einherging.“ (Sachsen hat Zukunft, Seite 47).

Diese Schlussfolgerung liegt eben nicht nahe! Um die hier genannte „rohstoffbezogene Umweltbelastung“ zu senken, wären denn auch andere als die vorgeschlagenen Maßnahmen notwendig: Es muss darum gehen, die großen Ressourcenfresser und Emissionsquellen in der sächsischen Wirtschaft zu identifizieren und diese Wirtschaftszweige systematisch um- und eine funktionierende Kreislaufwirtschaft aufzubauen. Davon ist leider im sächsischen Nachhaltigkeitsbericht nichts zu lesen.

Im Kern muss der CO<sub>2</sub>-Ausstoß massiv eingeschränkt werden. Gerade im Verkehrs-, wie Gebäude- oder Landwirtschaftssektor stecken immen-

---

5 Zahlen 2015, Quelle: Bundesverband WindEnergie

se Potentiale.<sup>6</sup> Diese zu nutzen, scheint die Staatsregierung jedoch nicht anzustreben. So wurden von der Staatsregierung zum Bundesverkehrswegeplan 2030 in der Hauptsache Straßenbauprojekte angemeldet – ein klares Indiz dafür, welches Verkehrsmittel in Sachsen Vorrang hat: nämlich der CO<sub>2</sub>-intensive motorisierte Individualverkehr. Dabei müsste, wenn die Mobilität der Bevölkerung insbesondere im ländlichen Raum auch ohne privaten Pkw garantiert bleiben soll, massiv in den Öffentlichen Personenverkehr investiert werden. Zumindest öffentlich bislang wenig sichtbar ist auch das Bestreben der Staatsregierung „den Anteil des Radverkehrs im Gesamtverkehr sachsenweit nennenswert zu erhöhen“ (Koalitionsvertrag Seite 48) und so den gänzlich CO<sub>2</sub>-freien Verkehr zu fördern.

Die CO<sub>2</sub>-Bindungsstrategien in Wäldern, Mooren<sup>7</sup> und Böden reichen bei weitem nicht aus. Im Abschnitt über die Treibhausgas-Senken wird das Potenzial der Waldmehrung beschrieben und irreführend dessen Flächen-Konkurrenz zum Naturschutz dargestellt. Das ist schlichtweg falsch, denn natürlich ist auch Waldmehrung (und zwar eines standortgerechten Mischwaldes mit hoher Klimawandel-Resilienz) Naturschutz. Jedoch sollten nicht die wenigen Naturschutz-Offenflächen in Sachsen zu Gunsten von Waldmehrung aufgegeben werden, sondern die Flächeninanspruchnahme durch Siedlungs- und Verkehrsbau (siehe oben) wie Landwirtschaft eingeschränkt werden. Wer immer neue Straßen und Siedlungen plant und in der Landwirtschaft auch die letzte Bauminsel beseitigt, dem fehlen natürlich die Flächen für die Waldmehrung. Diese müssen eindeutig der Landwirtschaft wie auch ehemaligen Nutzflächen zum Beispiel des Rohstoffabbaus entnommen werden.

Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel werden im Bericht nicht erwähnt, trotzdem „der bereits stattfindende Klimawandel in Sachsen [...] vielfältig erkennbar und eine Anpassung an dessen Folgen unumgänglich“ wäre. Dabei wäre es gerade interessant gewesen, welche Maßnahmen derzeit schon ergriffen werden, um beispielsweise Extremniederschlagser-

---

6 In den Betrachtungen des Ministeriums zum Klima fehlen Maßnahmen zur Landwirtschaft, die laut Umweltbundesamt rund 10 Prozent der Klimawandel-relevanten Gase emittiert. CO<sub>2</sub> spielt hier jedoch eine geringe Rolle gegenüber Methan und Lachgas, die beide eine vielfach höhere Klimawirksamkeit als CO<sub>2</sub> haben. Ersteres stammt aus der Tierhaltung, letzteres ist Folge der intensiven Stickstoffdüngung. CO<sub>2</sub> wird beim Bodenbruch frei – mehr Grünland bedeutet also weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

7 Lebendige Moore sind natürlich zu begrüßen – ihr Anteil wird aufgrund der geringen Flächenverfügbarkeit jedoch auch durch Wiedervernässung voraussichtlich nicht signifikant zum sächsischen Klimaschutz beitragen können.

eignissen zu begegnen, den Ertragsausfällen durch Hitze- und Trockenheitswellen in der Landwirtschaft, zunehmender Gesundheitsbelastung durch Hitzetage und tropische Nächte, etc. – Hier bleibt der Bericht unzureichend. Der Freistaat zieht sich einerseits darauf zurück, dass er quasi durch Bundes- oder internationale Entwicklungen beeinflusst und dadurch in seiner Handlungsfähigkeit beeinträchtigt sei, hinkt aber in der Umsetzung eben dieser Entwicklungen zurück und versäumt es, eigene Impulse zu setzen.<sup>8</sup>

---

8 Ein Beispiel hierfür wäre das Management von FFH- und Vogelschutzgebieten – EU-weit gefordert, hätte der Freistaat hier die Chance, deutschlandweit eine Vorreiterrolle einzunehmen und beispielsweise aus dem Netz der Schutzgebiete einen tatsächlichen Biotopverbund zu schaffen.

### •3•

Ein sinnvolles Indikatorensystem, das Entwicklungen im Sinne der Nachhaltigkeit nachvollziehbar und messbar macht, ist bisher nicht erkennbar. Bei den verwendeten Indikatoren ist zum Teil unklar, warum diese ausgewählt wurden und in welchem Bezug sie zur Nachhaltigkeit stehen. Sie entsprechen eher einer Leistungsschau. Es fehlt der kritische Umgang mit Versäumnissen, ebenso wie Verweise auf Verbesserungspotentiale.

Im **Kapitel 2.1 „Bildung nachhaltig gestalten“** wird angeführt, dass der Gedanke der Nachhaltigkeit zentraler Bestandteil sächsischer Lehrpläne und Schulentwicklungspläne sei – ohne jegliche Nachweisführung. Gewinnt man einen Überblick über diese Dokumente, ist von Nachhaltigkeit in unserem oben definierten Sinn nur wenig zu lesen. Dazu werden die aktuellen Entwicklungen in der Bildungslandschaft eingeleitet mit den Worten: „Im Freistaat Sachsen besteht Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen“ – die entsprechenden Indikatoren fehlen; die Integrationsquote für Schüler\*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf allein reicht nicht aus, um diese Aussage zu stützen. Zieht man beispielsweise die medial beachtete Studie „Chancenspiegel“ der Bertelsmann Stiftung zu Rate, so ergibt sich ein durchaus differenzierter Blick, der eine solche Aussage nicht unterstützt.<sup>9</sup>

Weitergehend wird auf gute Ergebnisse in PISA und anderen Bildungsberichten Bezug genommen, auf die der Freistaat stolz sein kann. Doch PISA bildet weder den Wissensstand der Schüler\*innen bei komplexen Fragestellungen ab, noch die erlangten (sozialen) Kompetenzen. Auch das in der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zentrale Konzept der Gestaltungskompetenz lässt sich durch PISA kaum aufgreifen und so stellt sich die Frage, inwiefern Ergebnisse von PISA Auskunft geben können über das Vorankommen im Handlungsfeld Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Angeführt werden auch Ergebnisse im Bildungsmonitor 2015, bei dem Sachsen seit Jahren beste Ergebnisse erzielt. Wir sehen hier einen deutlichen Interessenskonflikt, wer in der Herausgeberschaft steht und welche Ziele der Bericht verfolgt.<sup>10</sup>

<sup>9</sup> In Bezug auf die Förderung individueller Kompetenzen ist Sachsen bundesweit in der oberen Gruppe. In Bezug auf die Vergabe von Zertifikaten (Absolvent\*innen mit Hochschulreife & Abgänger ohne Schulabschluss) in der unteren Gruppe. In Bezug auf die Exklusionsquote (Schüler\*innen, die an Förderschulen und nicht im Regelschulsystem lernen) auch in der unteren Gruppe.

<sup>10</sup> Der Bildungsmonitor ist eine bundesweite Vergleichsstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln und verfolgt explizit das Ziel, herauszufinden, inwieweit die Bundeslän-

Die in Kapitel 3 „Nachhaltige Entwicklung und Zukunftsgestaltung selbst in die Hand nehmen - Kommunale Selbstverantwortung und Bürgerengagement“ angeführten Aktivitäten entziehen sich der Prüfung durch Indikatoren. Der einzige Indikator, der in der aktuellen Nachhaltigkeitsstrategie vorgeschlagen wird, um zivilgesellschaftliches Engagement abzubilden, ist die Anzahl der Kooperationsvereinbarungen (als Maßstab des Vernetzungsgrades) zwischen den Akteuren formaler und non-formaler Bildung. Doch genau dieser Indikator wird im Nachhaltigkeitsbericht nicht aufgegriffen.

Im Kapitel 2.3 „Klima schützen, Energie suffizient nutzen, Versorgung sichern“ fixiert sich der Bericht im Wesentlichen auf den Energiesektor. Der Bericht bleibt weitgehend die Antwort darauf schuldig, wie in den nicht-emissionshandelspflichtigen Sektoren die CO<sub>2</sub>-Emissionen bzw. die klimawandelrelevanten Emissionen bis 2020 um 25 Prozent gegenüber 2009 sinken sollen.


Offenbar ruht sich der Freistaat darauf aus, dass mit dem Wegfall der massiven Braunkohleverstromung nach der Wende 1989 ein starker Einbruch der CO<sub>2</sub>-Emissionen erfolgte, wie die Grafik auf Seite 26 nahelegt. Tatsächlich sind die Folgerungen aus der Grafik falsch: Erstens sind nur die energiebedingten Emissionen dargestellt – tatsächlich ist aber in den Sektoren Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Sachsen gestiegen.<sup>11</sup> Ein ambitionierter Klimaschutzplan sollte sich zweitens auf das Jahr 2001 der Grafik beziehen – dem Jahr, in dem der Wende bedingte Schrumpfungsprozess der Braunkohleverstromung abgeschlossen war. Seitdem sind aber keinerlei gravierende Fortschritte in Sachsen zu verzeichnen. Ganz im Gegenteil stagniert hier der Ausstoß seither – offenbar gibt es also im Energiebereich zu wenige Bemühungen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß signifikant zu vermindern.

Die Tabelle zum Anteil erneuerbarer Energien ist irreführend. Denn die Steigerung der Stromproduktion durch erneuerbare Energien hat nicht dazu geführt, dass die CO<sub>2</sub>-emittierenden Kraftwerke in ihrer Leistung nennenswert gedrosselt werden, sondern es ist insgesamt mehr Strom

---

der zur Fachkräftesicherung beitragen und Wachstum fördern. Die Studie stellt sich als äußerst interessengeleitet heraus, unterstützt jedoch wie PISA die zentralen Aussagen des Berichts der Staatsregierung.

11 So lag der Pkw-Bestand je 1.000 Einwohner 1993 bei 423 und 2016 bei 516, absolut sind die Zahlen ebenso deutlich gestiegen und der Anteil der Neuzulassungen großer und schwerer Fahrzeuge, die besonders viel Kraftstoff verbrauchen, steigt überproportional an (Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen; Kraftfahrt-Bundesamt).



im Markt, der dann eben exportiert wird.<sup>12</sup> Es wird also nahezu genauso viel CO<sub>2</sub> emittiert wie vor der Installation der erneuerbaren Energien. Sollte eine reale CO<sub>2</sub>-Reduzierung erreicht worden sein, müsste aus der Tabelle gleichzeitig ersichtlich werden, wie in Folge des Aufbaus der erneuerbaren Energien gleichzeitig CO<sub>2</sub>-emittierende Stromerzeugung eingeschränkt wird.

Im **Kapitel 2.4 „Natürliche Lebensgrundlagen schonen“** fehlt ein Indikator dazu, in welcher Form und in welchem Maße beispielsweise der Biotopverbund in Sachsen umgesetzt und wie die Biodiversität konkret erhalten wird, ebenso wie welche Erfolge beim Erhalt der Arten sowohl in qualitativer wie auch quantitativer Weise erfolgt sind – so es diese Erfolge tatsächlich gibt. Und hierbei wären nicht nur Einzelarten, sondern die gesamte Biodiversität zu erfassen. Im Rahmen des nachhaltigen Gewässerschutzes gibt es dagegen Indikatoren, nämlich die europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Zum Berichtsdatum konnte jedoch nur für 4 Prozent der sächsischen Oberflächengewässer ein guter Zustand ermittelt werden. Aktuell läuft zudem ein EU-Verfahren wegen der hohen Nitratbelastung von Gewässern – auch in Sachsen ein Thema durch zu hohen Gülle- und Stickstoffdünger-Eintrag aus der Landwirtschaft.

---

<sup>12</sup> Nebenbei verursacht diese Stromüberproduktion übrigens auch die historisch niedrigen Strompreise an der Leipziger Strombörse.

Der primäre Anspruch eines Nachhaltigkeitskonzepts – planetare Grenzen berücksichtigen und nicht auf Kosten anderer zu leben wird nicht erfüllt. Das macht das Kapitel zur Braunkohle beispielhaft deutlich.


•4•

Für Sachsens, Deutschlands und die weltweiten Klimaziele ist es kontraproduktiv, an der Braunkohle als energieineffizientestem und klimaschädlichstem Brennstoff aber auch Wertstoff festzuhalten. Das ist keineswegs nachhaltig, sondern das Gegenteil davon, weil die durch die Braunkohleverstromung verursachten Schäden zwar benannt, aber im konkreten Handeln doch weitgehend ignoriert werden und deren Beseitigung in die Zukunft verschoben wird. Der Verweis auf den „heimischen“ Energieträger in Verbindung mit der Sicherung der Arbeitsplätze ist irreführend: „Heimisch“ ist auch Wind und Sonnenenergie oder auch Biogas. Die Sicherung von Arbeitsplätzen in einem Segment, in dem aus weltpolitischen Klimaverpflichtungen heraus ersichtlich ist, dass sich die Arbeitsplätze nicht halten lassen, sendet ein fatales politisches Signal: Arbeitsplätze gegen Klimaschutz.

Nachhaltigkeit würde hier bedeuten, jetzt das baldige Ende der Braunkohlenutzung anzugehen und durch einen intensiven Strukturwandelprozess den Arbeitnehmer\*innen der Braunkohleindustrie eine Perspektive zu geben. In dem Zusammenhang ist der Verweis auf die Entwicklung und Förderung innovativer Energietechnologien besonders wertvoll, denn Sachsen hat aufgrund seiner Innovationsfähigkeit in diesem Bereich die Chance, sich zu einem „Energiewende-Musterland“ zu entwickeln – die Chance muss nur ergriffen und politisch gewollt sein.

Dennoch wird die Braunkohle, die dreckigste aller verfügbaren Energiequellen, als zentraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik des Landes Sachsen hervorgehoben. Hier zeigt sich auch, wie wenig die im Nachhaltigkeitsbericht gepriesene Innovationsförderung in Sachsen überhaupt gesteuert wird:

„In der „Innovationsstrategie des Freistaates Sachsen“ hat sich die Staatsregierung im Jahr 2013 dazu bekannt, dass Innovationen die Grundlage für Wachstum, Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt und den Schutz der Lebensgrundlagen sind. Sie verfolgt ein ganzheitliches Innovationskonzept mit einem branchen- und technologiefeld-übergreifenden Ansatz, der neben technologischen und ökonomischen Belangen auch soziale und ökologische Aspekte beinhaltet.“ (Sachsen hat Zukunft, Seite 46)



Über weite Strecken wird davon ausgegangen, dass Innovation und Forschung per se nachhaltig seien – was aus in den **Kapitel 1** genannten Gründen äußerst fragwürdig ist. Darüber hinaus sind aber gerade die Innovationsbeispiele, die dann doch näher benannt werden, nicht geeignet, die Nachhaltigkeit Sachsens positiv zu verändern. Gewürdigt werden hier ausgerechnet die Versuche der TU Bergakademie Freiberg, „Braunkohle zunehmend auch stofflich als Kohlenstoffträger für die chemische Grundstoffindustrie als Erdölersatz zu nutzen“ und so „die Kohle aus dem Feuer zu holen“ (Sachsen hat Zukunft, Seite 47). Ein weiteres Forschungsprojekt betrifft die CO<sub>2</sub>-optimierende Nutzung der Braunkohle, deren Umweltprobleme zwar einerseits benannt werden, aber offensichtlich keine Auswirkungen auf die Nachhaltigkeitsstrategie Sachsens haben sollen.

Wir fragen uns, ob die sächsische Landesregierung an einem echten Strukturwandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise überhaupt interessiert ist. Zwar werden vereinzelte Aspekte genannt, an die angeknüpft werden könnte, wie beispielsweise der hohe Anteil kleinerer und mittlerer Unternehmen in Sachsen oder auch die bereits weit vorangeschrittenen Hybridflotten im ÖPNV.

Die wesentlichen Herausforderungen wie beispielsweise der möglichst zeitnahe Ausstieg aus der Braunkohleförderung werden nicht diskutiert und schon gar nicht in Angriff genommen. Dabei wäre ein frühzeitig – also jetzt – geplanter Umbau der wirtschaftlichen Strukturen hin zu ökologisch und sozialverträglichen Produktionsweisen möglich und auch erstrebenswert, um in Zukunft hohe Lebensqualität bei geringem Ressourcenverbrauch zu ermöglichen.




Die um Nachhaltigkeit bemühten Initiativen der Zivilgesellschaft dienen der Staatsregierung als Aushängeschild für die sächsische Nachhaltigkeitsstrategie. In einen echten Diskurs über die Gestaltung der Zukunft Sachsens werden sie bisher jedoch nicht ausreichend einbezogen. Eine Überarbeitung der sächsischen Nachhaltigkeitsstrategie bietet eine gute Möglichkeit, dem weiterhin wachsenden Bedürfnis nach Bürgerbeteiligung in Sachsen besser nachzukommen.

•5•

Im Herbst 2015 wurden die *Sustainable Development Goals* (SDGs) von der UNO verabschiedet. Im Unterschied zu den *Millennium Development Goals* nehmen diese Weltziele die Länder des Globalen Nordens viel mehr in die Pflicht. Die Bundesregierung hat die bundesdeutsche Nachhaltigkeitsstrategie in einem bundesweiten Dialogverfahren überarbeitet und angeglichen. Dieser Schritt steht auch für die Sächsische Nachhaltigkeitsstrategie an. Dies bietet die Chance, nun in stärkerem Maße als bisher zivilgesellschaftliche Akteure in die Überarbeitung der Strategie einzubinden.

Vereinzelt gibt es schon Aktivitäten in guter Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Staatsregierung. Positiv anzuführen sind hier die Initiierung des Onlineportals [www.bne-sachsen.de](http://www.bne-sachsen.de) zwischen der Fachstelle Globales Lernen und dem Staatsministerium für Kultus sowie ein Umsetzungsprojekt zum Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung. Zudem engagiert sich das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen und seine Mitgliedsorganisationen für mehr Globales Lernen (nicht nur aus der Perspektive des Nordens, sondern auch des Südens) und BNE im sächsischen Bildungssystem und kooperiert dabei mit dem Staatsministerium für Kultus. Allerdings wird auch hier wieder die Handlungsbereitschaft deutlich: Bildung für nachhaltige Entwicklung – ja, Aufbau für Strukturen echter nachhaltiger Entwicklung – nein.

Die Darstellungen zu den Aktivitäten der Zivilgesellschaft im **Kapitel 3** sind jedoch irreführend. Zwar stimmt es, dass eine „große Zahl und Vielfalt zivilgesellschaftlicher Akteure (...) sich im Freistaat seit langem für eine nachhaltige Entwicklung, Entwicklungspolitik und globale Gerechtigkeit“ einsetzt. So fanden im Vorfeld der Nachhaltigkeitsstrategie Konsultationen mit engagierten Gruppen und Initiativen statt – deren Ergebnisse fanden aber schließlich keinen Eingang in das letztlich von der Regierung im Alleingang produzierte Papier. Infolgedessen hat die „Verabschiedung der Nachhaltigkeitsstrategie für den Freistaat (...) einige dieser Akteure zusammengebracht“ – im Unmut über den rücksichtslosen Alleingang



der damaligen CDU-FDP-Regierung. Inwiefern die damalige und derzeitige „Auseinandersetzung mit den Zielen und Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie sowie über das weitere Vorgehen der auf verschiedenen Ebenen handelnden Akteure“ (alle Zitate Seite 69) in die Fortschreibung Eingang findet, bleibt abzuwarten.

Die Akteure, die sich seitens der Zivilgesellschaft intensiv mit der Nachhaltigkeitsstrategie beschäftigt haben, sind stark an einer Fortführung im Sinne einer Überarbeitung der sächsischen Nachhaltigkeitsstrategie interessiert. Zur Eröffnung der sächsischen entwicklungspolitischen Bildungstage im November 2013 wurden in verschiedenen Workshops Anknüpfungspunkte für die vorliegende SNHS als auch für deren Erweiterung erarbeitet, die gerne in einen Dialogprozess eingebracht werden wollen. Die Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie bietet die Chance, Bürger\*innenbeteiligungsverfahren zu erproben. Es gibt ein sehr starkes zivilgesellschaftliches Engagement in Sachsen, auf das man stolz sein kann. Dessen Ressourcen liegen bis jetzt weitgehend brach, um die Zukunft Sachsens gemeinsam zu gestalten.

Die Akteure empfehlen ebenfalls einen parlamentarischen Prozess zur Weiterentwicklung der SNHS. Nachhaltiges Handeln kann so in seinem Wert der Absichtserklärung gestärkt, die gesellschaftliche Verbindlichkeit der sächsischen Politik erhöht und das historische Erbe von von Carlowitz über Preisverleihungen hinaus belebt werden.





## Wer ist das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen?

Das ENS ist ein Zusammenschluss von Vereinen, Gruppen und Initiativen, die sich für zukunftsfähige Entwicklung und weltweite Gerechtigkeit einsetzen.

Gegründet hat sich der Verein 1995 und ist heute eine Plattform entwicklungspolitischer und interkultureller Initiativen in Sachsen.

Die Tätigkeitsfelder der Mitgliedsorganisationen umfassen:

- partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit
- Entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit
- Fairer Handel
- Verknüpfung von Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit
- Interkulturelle und interreligiöse Bildung
- Menschenrechts- und Antirassismusbearbeitung